



AUTONOMIEKONVENT
CONVENZIONE SULL'AUTONOMIA
CONVENZIUN D'AUTONOMIA

Südtirol mitdenken
Immaginare l'Alto Adige
Pensé I Südtirol



SCHALT DICH EIN!
ATTIVATI!
ATIVETE!

konvent.bz.it
convenzione.bz.it
convenziun.bz.it

Open Space, 30.01.2016, Bruneck/Brunico, Mittelschule/Scuola Media Dr. Josef Röd

	<u>Raum</u> 1 Aula	<u>Raum</u> 2 Aula	<u>Raum</u> 3 Aula	<u>Raum</u> 4 Aula	<u>Raum</u> 5 Aula	<u>Raum</u> 6 Aula	Raum 7 Aula
11.15 - 12.00	Vollautonomie: Definition & Zuständigkeiten	Schutz der deutschen Schule	Verankerung des Selbstbestimmungsrechts in der Präambel des Statuts	Sportautonomie: Südtiroler Sportler unter Südtiroler Fahne	<u>Unabhängig-keit</u>	Perspektiven für die <u>ladinische</u> Sprachgruppe	Mitbestimmung - wie?
12.15 - 13.00	Entmilitarisierung Südtirols	Doppelte Staatsbürger- <u>schaft</u>	Art. 19 muss bleiben	Autonomia finanziaria fiscale e pensionistica	Zweisprachigkeit in öffentlichen Ämtern	Verhältnis zwischen Staat und Land	Einwanderungs- problematik
13.15 - 14.00	Ortsnamengebung	Außen- darstellung Südtirols	Bewahrung der Grundsäulen der Autonomie	Schutzmacht- funktion Österreichs	Wiedervereinigung Tirols	Begnadigung der Südtirol- aktivisten	Neue Zuständigkeiten: Umwelt und Gemeinde-ordnung
14.15 - 15.00	Sicherheit - Landespolizei	Proporz	Südtirol Heimat für alle Sprachgruppen und offen nach außen	Nachhaltigkeit und globale Verantwortung	Von der Trennung zur Inklusion	Einbeziehung des Vaterlandes Österreich	Deutsche Schule als Grundsätze des Volkgruppen- schutzes
15.15 - 16.00	Recht auf Unterricht in der Muttersprache	Abstimmung über die Zukunft Südtirols im Statut verankern	Mehrsprachigkeit – Reichtum und Sprach- gruppen-zugehörigkeit	Gesundheit: Autonomie und öffentliche Gelder	Individuelle Selbst- bestimmung	Beziehung Südtirols zu armen und reichen Nachbarn	Zuständigkeit für Konsumenten- schutz

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Vollautonomie Definition und Zuständigkeiten***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Wolfgang Niederhofer</i>	<i>Aula:1</i>	<i>Ora: 11.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Thomas Sinha***

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	18

- Einleitung durch Initiator: Was ist Vollautonomie?
- Vollautonomie ist die Übernahme von praktisch allen Kompetenzen, mit der Ausnahme von Themen wie z.B. Verteidigung. Bisher staatliche Kompetenzen / Zuständigkeiten gehen entweder an Südtirol oder an die EU.
- Zu einer Vollautonomie gehört auch das Recht, frei über die künftige staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden: wie z.B. in Nordirland durch das „Good Friday Agreement“ ermöglicht wurde.
- Ein vollautonomes Südtirol sollte praktisch alles als Primärkompetenz bekommen: Finanzhoheit, Steuerhoheit, direkte Demokratie, Landespolizei, Regierungskommissarsposten abschaffen und an Landeshauptmann delegieren, Sportautonomie, Schulautonomie, Eisenbahn- und Postübernahme, Einwanderungsgesetzgebung eigene volle Handhabung über Telekommunikation, Gerichtsbarkeit, Tarifverträge, Toponomastik, Außendarstellung usw.
- Wäre das für Südtirol finanzierbar? Ja, vorausgesetzt Südtirol hätte Finanz- und Steuerhoheit.
- So erzielt Südtirol bei den Sozialversicherungs- und Rentenbeiträgen jährlich einen satten Überschuss. Dies als Beispiel für die mögliche Eigenständigkeit / Vollautonomie Südtirols.
- Wie geht der Weg zur Vollautonomie für Südtirol? Der erste Schritt zur Vollautonomie ist eine artikulierte Forderung.

- Auf dem Verhandlungsweg muss das Subsidiaritätsprinzip „reingeholt“ werden. Rechte sind politisch erfolgreiche Forderungen. Die Kompetenzen der Region Trentino-Südtirol müssen vollends an die beiden Provinzen abgegeben werden. Südtirol könnte sich – wie Studien beweisen- selbst finanzieren. Luxemburg beweist klar, dass volle Zuständigkeiten ein europäisches Denken und Fühlen nicht präkludieren.
- Eigenzuständigkeit bedeutet nicht Abschottung. In Anbetracht der schlecht funktionierenden italienischen Gerichtsbarkeit braucht Südtirol eine eigenständige Gerichtsbarkeit.
- Per se hat die Zugehörigkeit Südtirols zu Italien keine demokratische Legitimität, während der Wählerwunsch / Bürgerwille Südtirols eine klare demokratische Legitimierung hat.
- Südtirol braucht folgende Kernkompetenzen FJPS: Fiskus, Justiz, Polizei, Sport.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Entmilitarisierung Südtirols***

Initiator/in

*Proponente: **Thomas Sinha***

Raum

*Aula: **1***

Zeit

*Ora: **12.15***

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Rupert Gietl***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)

*Numero partecipanti (ca.) **12***

- Südtirol ist Italienweit sehr stark militarisiert
- Wahrscheinlich mit Aosta am stärksten
- Es gibt eine Vielzahl von Einheiten (ohne Carabinieri, die polizeiliche Aufgaben erfüllen)
- Es ist eine Geldverschwendung, Regimenter, die im oberitalienischen Raum operieren z.B. in Meran zu stationieren
- Ferienimmobilien gehören auch dem Heer, wo Soldaten arbeiten, der Steuerzahler bezahlt
- Vorschlag → Entmilitarisierung als Forderung der Landesregierung
- Aus historischen Gründen wäre es sinnvoll, eine Entmilitarisierung zu fordern
- Wo ist die demokratische Legitimität für die Stationierung?
- Es ist dieser ein Akt der Sensibilität
- Der Landtag soll mehr Mitsprache haben → die Forderung stellen!
- Solange es den Wehrdienst gab, war es sinnvoll. Jetzt nicht mehr.
- Die Begründungen (Kalter Krieg, Grenze) sind nicht mehr vorhanden.
- Hat auch Einfluss auf die Gesellschaft, auch auf Vereine, die militärisch auftreten, wie z.B. die ANA

- Geopolitisch hat sich die Lage geändert. Heute ist der Fokus auf das Mittelmeer gerichtet.
- Keine NATO-Transporte durch Südtirol
- Südtirol als Friedenszone
- Keine finanziellen Mittel des Landes an das Militär, keine Baumaßnahmen auf Südtiroler Boden finanzieren. Keine finanzielle Ablösung von enteigneten Grundstücken.
- In ein Landesgesetz aufnehmen: Es ist der Landesregierung verboten, Bauvorhaben des italienischen Heeres in Südtirol zu finanzieren.
- Keine Überflüge militärischer Art über Südtirol erlauben.
- Kein erleichterter Zugang von ehemaligen Militärangehörigen zum öffentlichen Dienst → Staats- und Landesdienst.
- Abschaffung der militärischen Einheiten der öffentlichen Sicherheit (Finanzwache, Carabinieri) → Übergang in die Landespolizei
- Keine NATO-Übungen auf dem Landesgebiet
- Keine Militärübungen aus touristischen Gründen

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: Ortsnamensgebung

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
Proponente: Leonhard Hochgruber	Aula: 1	Ora: 13.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: Ruth Kronbichler / Teresa Campidell

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	22

Die Ortsnamensfrage sollte dem Landtag übertragen werden. Die historischen Ortsnamen sollten alleinige Gültigkeit haben. Die deutschen / ladinischen Bezeichnungen sollten aufscheinen.

Problem: Die deutschen Ortsnamen sind nur „geduldet“. Die deutschen sollten amtlich sein. Auch in den Navigationsgeräten (Google Maps...) sollten diese Namen aufscheinen. Auch heute noch werden deutsche Fraktionen / Ortsnamen übersetzt. Warum muss überall „via“ draufstehen? Es gibt auch geschichtlich gewachsene italienische Ortsnamen, die aber alle größtenteils aus der Faschismus-Zeit stammen. Die politischen Verantwortlichen sollten dies auch nach außen hin zeigen.

Die Italiener dürfen die Namen schon verwenden, allerdings sollten sie nicht amtlich sein und italienisch aufscheinen. Es wird nicht eindeutig proklamiert, dass die Ortsnamen faschistischer Natur sind.

Es sollte eine gemeinsame Ebene gefunden werden, Nationalsozialismus, Option aufarbeiten und gemeinsam die Namensgebung festlegen.

Es ist schlimm, dass man um die historisch gewachsenen Ortsnamen kämpfen muss. Faschistisches Unrecht soll wieder gutgemacht werden. Die Italiener würden dies auch sicher verstehen.

Die Politiker haben das Problem nicht wahrgenommen. Es müsste ein dementsprechendes Gesetz verabschiedet werden. Die Politiker haben es verschlafen. Es gilt leider immer noch die Bestimmung vom 1. Autonomiestatut. Dieser Punkt ist wesentlich für die kulturelle Existenz unseres Landes. Überall auf der Welt existieren die „alten“, die historischen Namen (Aosta, Korsika,...).

Straßenschilder werden auch unübersichtlicher und somit gefährlicher und stiften Verwirrung.

In der Toponomastik hat die Landesregierung definitiv versagt und je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird die Diskussion.

Auch viele Italiener wollen sich von faschistischen Ortsnamen distanzieren. Die historische Wahrheit muss wieder zum Vorschein kommen. Sowohl italienisch-historisch, als auch deutsch-historisch.

Der Frieden in Südtirol baut auf einem Unrecht auf.

Jeder Steig und jeder Weg muss sofort zweisprachig bezeichnet werden. Niemand kennt sich mehr aus → gefährlich und fahrlässig.

In Südtirol gibt es drei bis vier verschiedene topographische Karten – die Einheitlichkeit fehlt. Doppelnamen sollten auf Karten ausgeklammert werden.

Ortsnamen sind ein großes kulturelles Gut
Fehler bei der Digitalisierung; alles nur auf Italienisch!!!!

Zu viele Ausreden von Seiten der Politiker.

Ohne die Zustimmung aus Rom kann bei uns aber überhaupt nichts passieren. Die Tatsache, dass es in Aosta gelungen ist, müsste eigentlich reichen. Die Geschichte muss auch von den Italienern aufgearbeitet werden.

SMG – alles für den Tourismus → Problem alles ist italianisiert. Südtirol wird als reine italienische Provinz verkauft. „Alto Adige“ ist bekannter als „Südtirol“!

1. Schritt: Sudtirolo anstatt Alto Adige einführen. Artikel vom Autonomiestatut soll abgeändert werden. Erst dann kann der Tourismus auf die historischen Ortsnamen zurückgreifen.

Eine politische Führung soll dahinter stehen. Die Fraktionen können auch schon Schritte in die richtige Richtung unternehmen. Der offizielle Rahmen muss gegeben sein; wir müssen an unserer Identität arbeiten. Vorschlag: Artikel vom Autonomiestatut abändern. Zweitnamen sollten mündlich geduldet werden, es gelten die historisch gegebenen Ortsnamen.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: **Sicherheit - Landespolizei**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente:</i> Haymo Laner	<i>Aula:</i> 1	<i>Ora:</i> 14.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Andreas Leiter**

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	11

- Einführung Haymo Laner
- Argumente für Landespolizei:
 - Sicherheitsempfinden / Vertrauen in Polizei würde steigen
 - Sprachkompetenz der Polizei könnte gewährleistet werden
 - Konkurrenz innerhalb Polizeiorgane (Carabinieri, Straßenpolizei,...) wäre ausgeschaltet
 - Man hätte nicht mit „fremder Staatsmacht“ zu tun
 - Verständnis für lokale Gegebenheiten
- Voraussetzung: Umfassende Kompetenzen, damit es staatliche Polizeiorgane nicht braucht
- Auf Situation im Land angepasst
- Auch Militär wäre dann nicht notwendig (ansässiges Militärpersonal ändert Proporz)
- Derzeit wenig Vertrauen in Sicherheitssystem, wie es derzeit ist
- Andenken: wichtig! Wäre auch das Gerichtswesen ans Land Südtirol zu verlegen. Kompetenzen für Straf- und Zivilrecht ans Land Südtirol übergehen

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: Recht auf Unterricht in der Muttersprache

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
Proponente: Verena Geier	Aula: 1	Ora: 15.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: Valentin Marlies

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	8

- Artikel 19 des Autonomiestatutes gibt uns das Recht auf Unterricht in deutscher Muttersprache. Dieser soll nicht durch CLIL und andere Experimente gekürzt bzw. aufgeweicht werden → soll weiterhin im Autonomiestatut Platz finden.
- Qualität vom Unterricht muss verbessert werden in den vorhandenen Italienischstunden.
- Muttersprache muss gefestigt werden, bevor Fremdsprachen erlernt werden.
- Ladinisch sollte ein den Bezirken wo es gebraucht wird (zumindest die Grundlagen) unterrichtet werden.
- Wahlfach Ladinisch
- CLIL: bei Rekurs aufgrund negativer Noten hat die Schule vor dem Gesetz keine Chance, weil laut Autonomiestatut ein Kind das Recht auf Muttersprache hat.
- Es muss differenziert werden, ob Italienisch als Fremdsprache unterrichtet wird oder für Kinder die in zweisprachigen Familien aufgewachsen sind.
- Änderung der Lerninhalte
- Schüler sollen verpflichtend für die Zweisprachigkeitsprüfung vorbereitet werden (in ladinischen Tälern für Dreisprachigkeitsprüfung)
- In Oberschulen: Literatur Unterricht aufs Minimum kürzen
- Italienisch muss als Fremdsprache unterrichtet werden, nicht als Zweitsprache
- Lernstoff/-Methode muss differenziert werden zwischen z.B. Bozen und ländliche Gemeinden
- Kommunikation muss im Vordergrund sein, damit man sich im alltäglichen Leben in Italienisch verständigen kann.
- Wir haben eine Brückenfunktion zwischen Österreich und Italien und auch deswegen soll der Unterricht in der Muttersprache nicht gekürzt werden.
- Abschaffung der Pilotprojekte CLIL
- Kontinuität der Italienisch-Lehrer soll gewährleistet werden → es findet ein ständiger Wechsel der Italienisch-Lehrer statt, deshalb schlechter Unterricht.

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

*Thema/Tema: **Schutz der deutschen Schule***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Martin Schneider</i>	<i>Aula: 2</i>	<i>Ora: 11.15</i>

ProtokollantIn/Verbalizzante: /

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **50**

- Schneider Martin (Einbringer) stellt das Thema vor und nimmt die Begrüßung vor. Er selbst sieht eine Gefahr für die deutsche Volksgruppe die CLIL Projekte und Immersion. Er bemängelt die z.T. schlechte Unterrichtsweise, welche er selbst im Italienischunterricht erlebt hat. Er besuchte eine höhere Schule in Österreich und findet, der Sprachunterricht muss in der Muttersprache erfolgen. Er sieht bereits jetzt eine mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache im Alltag. Frage in die Runde, warum eine zusätzliche Aufweichung des muttersprachlichen Unterrichts überhaupt notwendig sei, wenn laut PISA die momentane Situation sehr gute Ergebnisse erzielt.
- H. Rottensteiner: Art. 19 = Grundpfeiler der Autonomie CLIL wird abgelehnt, steht ein Widerspruch zu Art. 19 Unterricht in Deutsch und Italienisch als Fremdsprache lehren, nicht als Zweitsprache
- Markus Lobis: seine Kinder besuchen italienischen Kindergarten
Art. 19 nicht antasten, evtl. erweitern: z.B. die Möglichkeit den Eltern geben, Kinder in mehrsprachliche Schulen zu schicken zusätzlich zu Einsprachigen Schulen müssen Mehrsprachliche Schulen errichtet werden
- H. Wolfgruber: deutsche Schriftsprache ist bereits eine Fremdsprache, da im Alltag Dialekt gesprochen wird.
Muttersprachlicher Unterricht muss erhalten werden
 1. Deutsche Sprache muss in erster Linie unterrichtet werden
 2. Fremdsprache erst lehren, sobald Muttersprache gefestigt wird
- Mittich Waltraud: bereits gute Schulen in Südtirol, speziell ladinische Schule
Sie erklärt dieses Modell der ladinischen Schule
- Antwort eines Teilnehmers: Ladinier sind gefährdete Volksgruppe in ihrer Sprache. Er besuchte die deutschsprachige Schule, hatte nie Vorwürfe betreffend englisch und ital. wohl aber in deutscher Schriftsprache
- Mutter: sieht die Kinder gestresst, es gibt nicht grundsätzlich immer Sprachtalente
- Hans Schmieder: CLIL für ihn ok erst noch früher anfangen damit. In Osttirol funktioniert CLIL gut
- Schneider Martin: in Osttirol = CLIL ok, da Staatssprache deutsch ist

Wenn mehrsprachig + deutsch + ladinisch + ital. Schule = Konkurrenz untereinander

Beibehaltung Art. 19, keine Kürzung der deutschen Stunden

- Lehrerin: Fischnaller Helene
Schüler haben im Alltag keine deutschen Sprachvorbilder; es fehlen die Deutschstunden um richtiges Deutsch zu lehren; immer werden Deutschstunden gekürzt für andere Fächer z.B. Englisch, Frust der Schüler wächst
- H. Rottensteiner: Autonomiestatut muss eingehalten werden
- Art. 19 = Grundpfeiler der Autonomie, CLIL bereits jetzt in Antholz in der Grundschule angewendet, das ist große Gefahr! Es gibt andere freiwillige Möglichkeiten, aber nicht in Pflichtschule.
- Südtiroler haben Problem im Ausland zu studieren, italienische Schulen machen bereits Experimente mit Sprachen, Pusterer haben keine Alltagspraxis in Italienisch. Sieht die Mehrsprachigkeit aber als Bereicherung.
- Lehrer haben falsche Methode, auch Lehrstoff ist falsch
- Englisch, obwohl weniger Stunden, lernen die Schüler leichter als Italienisch, also falsche Methode
- Unterricht in Hochdeutsch nicht in Dialekt. Kinder können nicht mehr Deutsch richtig schreiben. Englisch ist heute sehr wichtig
- Muttersprache ist Grundlage. Südtirol sucht seine Identität im Staate Italien. Es erfolgte nie eine Wiedergutmachung des Staates der deutschen Volksgruppe gegenüber.
- Zuwanderer: ist zukünftiges Problem mit sprachlicher Integration
- Lobis: Ladinier haben gute Sprachkompetenzen laut Studie Franceschini. System aufs restliche Land übernehmen. Einsprachige Schule soll erhalten bleiben, aber auch mehrsprachliche Schulen müssen errichtet werden.
- Ladinier wird es in 100 Jahren nicht mehr geben, also System übernehmen? Laut ASAT haben wir deutsche Gruppe bereits gute Italienischkenntnisse
- Wir gehören zum deutschen Sprachraum
- Kinder müssen Deutsch und Mathe gut lernen, es gibt auch andere Berufe als Sprachberufe
- Wichtig: Mehrsprachigkeit = Intelligenz, Osttirol gutes Sprachmodell
- 3. Statut: Sprache erhalten. Politik wird durch die Schule gesteuert = Gefahr. Mehrsprachigkeit ist Bereicherung, Muttersprache = aber Grundlage
Italienischunterricht: nur Literatur wird gelehrt, keine Praxis wird gelehrt
Muttersprache muss gepflegt werden. Maturanten mit 1.900 Stunden muss reichen
- Leiter Gerald: deutsche Sprache ist unabdinglich für Fortbestand der deutschen Volksgruppe als österreichische Minderheit in einem fremden Staat

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: Doppelte Staatsbürgerschaft

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
Proponente: Alexander Wolfgruber	Aula: 2	Ora: 12.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: Monika Grünbacher

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **20**

Wolfgruber: Wir konnten in den letzten Tagen dieses Thema in den Medien verfolgen, es wurde im Unterausschuss Südtirol abgelehnt, verständlich fehlet doch jedes Bekenntnis zu Österreich von Seiten der Mehrheit im Landtag

Ziel für's nächste Autonomiestatut. Wir sind eine österreichische Minderheit in Italien, also eine Doppelstaatsbürgerschaft

Österreich ist unsere Schutzmacht

Mich hat enttäuscht, dass es der SVP-Obmann Achammer so gleichgültig über die Ablehnung geäußert hat

Vorteile in meinen Augen:

- Diplomatischer Schutz im Ausland in seiner Muttersprache
- In Italien gibt es seit 1992 dies schon für's Ausland
- Sie soll freiwillig sein, wer die Voraussetzung erfüllt

Was wäre zu tun?

- Die Bürger über die Wichtigkeit aufklären → Leitfaden erstellen
- Änderung Staatsbürgerschaftsgesetz
- Mehrheit im Landtag suchen

Rauchenbichler: wirtschaftliches Interesse

Jeder muss wenn wir die Preise sagen ja zu Österreich

Mehrheit im Landtag:

- Wenn eine geheime Abstimmung wäre, hätten wir sicher die Mehrheit
- Sportler könnten selbst wählen, für welches Land sie antreten möchten
- Voraussetzung durch die Verfahren ist sicher zu 90% gegeben
- Wichtig wäre aus objektiver Sicht eine öffentliche Stellungnahme was es für Vorteile und welche Pflichten es mit sich bringt

Martina Weitlaner:

SVP bei uns hat kein Interesse, deshalb wird es nicht unterstützt. Südtiroler Landtag steht nicht dahinter.

Maria Kerschbaumer: 6 Kinder und Eltern alle Staatenlos, bekamen keine Schulunterlagen. Durch Anfrage des Vaters beim italienischen Ministerium bekamen sie die österreichische Staatsbürgerschaft. Hat heute beide.

- Kohl
- Wie soll Österreich über doppelte Staatsbürgerschaft bei uns abstimmen, wenn bei uns keiner Bescheid weiß. Enttäuschend wie bereits vor der Abstimmung in den Medien die Ablehnung kundgetan wurde.
- Wenn sich die SVP
- Für die doppelte Staatsbürgerschaft: Damit man draußen die Ämter in deutscher Muttersprache nutzen kann. Wir wollen ja nicht draußen Parteien wählen, nur Bundespräsident
- Wenn wir nur Bundespräsident wählen ist ohne Wirkung, besser wenn wir Parteien wählen können
- Niemand weiß genau, was es bedeutet doppelte Staatsbürgerschaft zu haben, welche Aufgaben, was darf ich was nicht
- Wenn ich Wahlrecht habe, möchte ich auch mitwählen
- Steuer zahlen, wo ich Geld erwirtschaftete
- Steuer zahlen wo ich wohne, Wahlpflicht wird nicht von allen wahrgenommen, aber das sind meist diejenigen die hintenherum schimpfen.
- Der doppelte Pass eine weitere Absicherung unserer Autonomie
- Sven Knoll sagt schon ihr seid schon 100 Jahre bei Italien, und das wäre ein Knackpunkt für die Autonomie
- Wer ansucht nutzt sicher auch das Wahlrecht in Österreich
- Sprachliche Minderheit
- Auch wenn für die Staatsbürgerschaft etwas zu zahlen ist, wird es mehr geachtet. Klares Bekenntnis zum Vaterland. Gewählte Vertreter im Land sollen auch unbequeme Themen ansprechen
- Käufliche Staatsbürgerschaft bedenklich. Es ist sicher auch zu bedenken, dass durch unsere Wahlbeteiligung viel beeinflusst werden kann. Man spielt vielleicht mit zu vielen Emotionen und das wird politisch ausgenutzt.
- Es wurde schon immer
- Wir müssen viel mehr mit Osttirol zusammenarbeiten! Pustertal geht bis nach Lienz
- Grenzen in den Köpfen ist immer noch hier. Deshalb sind wir hier Ideen zu sammeln
- Man kann darüber heute nicht abstimmen, weil zu wenige Hintergründe bekannt sind
- Experten müßend dafür angefordert werden.
- Militärdienst bei uns Freigang wurde von Heer später einberufen, weil es nicht anerkannt wurde.
- Anerkennung der Studientitel
- Die Info fehlen und jeder soll selbst dafür abstimmen können.
- Für alles gibt es Arbeitsgruppen, aber hierfür nicht.
- Wann tritt die Schutzfunktion in Kraft; nur für die die doppelte Staatsbürgerschaft haben oder auch für die anderen.
- Schutzfunktion muss für's ganze Land gelten
- Landtag braucht auch die Mehrheit bei best. Abstimmungen.
- Wichtigstes ist die Entfremdung von Österreich, der entgegengewirkt werden muss
- Zusammengehörigkeit ist durch die Grenzen gestört
- Pass wäre ein Schritt viele Schwierigkeiten und Probleme zu lösen
- Wir müssen wir zusammenwachsen, wenn nicht jetzt wann dann.
- Nur mit dem Pass ändern sich nicht die Einstellungen
- Wir sollen darauf hinarbeiten

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Außendarstellung Südtirols***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Roland Niederhofer</i>	<i>Aula:2</i>	<i>Ora: 13:15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Helene Fischnaller***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **16**

Definition Außendarstellung: hat erstens mit Marketing zu tun – wie wird unser Land von außen wahrgenommen; zweitens eine politische Dimension

Zu 1:

- Südtirol kennt man nur im deutschsprachigen Raum – keine klare Darstellung
- Der Landesname SÜDTIROL-SUDTIROLO muss immer und überall verwendet werden
- In neuen Medien (google maps/google earth/GPS-Systeme) ist Südtirol nicht sichtbar; oft auch unglücklich geregelt – SMG geht mit nicht historischen Ortsnamen in die Werbung. Toponomastikregelung im Sinne der historischen ist auch Marketing.
- Sportautonomie könnte viel bei Außendarstellung bewirken (Färöer Inseln haben eine Sportautonomie und haben bestimmt auch dadurch an Bekanntheit gewonnen – das ist Marketing!)
- Bei Handwerksmeisterschaften wird es zusehends nationalstaatlich
- IBAN-Code politische Dimension / regionale Außenpolitik

Zu 2:

- Beflaggung – Südtirol darf regionale und europäische Symbolik anwenden; nicht italienische Beflaggung
- Südtirol sollte in Wien, Berlin, Schweiz eine Vertretung haben (Bsp. Katalonien-Quebec)
- Südtirol-Außendarstellung bewirkt auch ein Gemeinschafts- Identitätsgefühl bei der Bevölkerung im Land

Herr Sinha – Quebec hat eigenes Einwanderungsgesetz. Wir dürfen uns nicht durch Italien bevormunden lassen, sondern brauchen die Möglichkeit, uns sichtbar zu machen und uns mit anderen austauschen zu können.

Die Außendarstellung Südtirols ist für einen Diskussionsteilnehmer (Unternehmer) kein Problem, ob er als Südtiroler/Italiener gesehen wird.

Außendarstellung existiert bis jetzt nicht.

Südtirol Plakette präsentiert sich bei Messen – dennoch wird sie nur erkannt, weil jemand vielleicht in Südtirol Urlaub gemacht hat.

Luxemburg – Warum ist Lichtenstein bekannt? Lichtenstein ist immer Lichtenstein.

Südtirol präsentiert sich einmal als Italien, Südtirol, Alto Adige / keine Standards.

Südtirol braucht eine klare Kommunikation, wie man wahrgenommen werden will.

Mit Südtirol-Werbung wird sehr viel Unfug betrieben.

Wikipedia benutzt die Ortsnamen nach der Mehrheitssprache. Bei den Südtiroler Ortsnamen ist dies nicht der Fall. SMG versagt hier total.

Die SMG ist zu wenig sensibel und sieht Südtirol oft einfach als italienische Provinz.

Es werden viel zu viele Gelder im Marketing ausgegeben.

Mit einigen Dingen würde man mehr Wirkung erzielen, ohne viel Geld auszugeben:

- Sportautonomie für Südtirol: Südtirols Sportler werden Werbeträger
- Internetsuffix für Südtirol: in Katalonien möglich
- IBANCODE für Südtirol: auf den Färöer Inseln möglich

Wachau Beispiel: laut National Geographic best historic destination. Südtirol nicht möglich, da sie nicht zu den historischen Ortsnamen stehen.

Südtiroler Unternehmer wollte seine Produkte in Brasilien vorstellen und zudem sein Land dabei präsentieren. Die SMG hatte aber keine Repräsentationsmaterialien, um den Unternehmer zu unterstützen.

Es gibt viele Unternehmer, die Südtirol kostenlos über ihre Produkte bewerben möchten, aber müssten dafür noch bezahlen. Im Statut müsste dies auch verankert werden.

Wenn man in der Werbung mit der Botschaft Südtirol auftritt, bekommt man in Italien bei der Produktvermarktung schon sehr viel Vorschussvertrauen. Im internationalen Markt hat man als Südtiroler keinen Stellenwert. Dann punktet man als italienisches Produkt. Umso wichtiger wären klare Südtirol-Botschaften und Standards.

Außendarstellung hat mit Identität zu tun. Es gibt bei der Darstellung immer einen Kern, der genauso dargestellt wird. Man muss Standards formulieren. Es gibt auch Regionen, die bekannt sind, weil sie sich nicht genau definieren.

Südtirol braucht nicht Italien zu bewerben. Das macht es schon selbst. Südtirol soll seinen Ressourcen für klarere Südtirol-Standards einsetzen.

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

Thema/Tema: **Proporz**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente:</i> H. Rottensteiner	<i>Aula:</i> 2	<i>Ora:</i> 14.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Dr. Sandroni Marco**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **10**

Proporz:

Pariser Vertrag „Proporz“: gerechte Verteilung der Arbeitsstellen nach Sprachgruppe. Muss erhalten bleiben, als Friedensinstrument.

Deswegen sehr wichtig auch Ausweitung auch auf Bereiche die nicht primäre Zuständigkeit des Landes sind es: POLIZEI, BAHN, POST, usw.

Die ladinische Volksgruppe benötigt bei Anwendung des Proporztes zusätzliche Posten. Eine Verringerung des Proporztes wäre sehr gefährlich.

Soweit besteht kein Änderungsbedürfnis. Aber in Zukunft ist es in Gefahr, auf Grund der extremen Einwanderung dieser Jahre. Deswegen muss man eine Lösung finden. Proporz verursacht keine Verschlechterung der Dienste.

Proporz schützt unseren Arbeitsmarkt, da italienweit nicht realistisch ist.

Die italienische Volksgruppe muss über die Vorteile des Proporztes aufgeklärt werden. Auch keine temporäre Aussetzung des Proporztes. Geht absolut nicht. Der Proporz muss in bestehender Form erhalten bleiben

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: Abstimmung über die Zukunft Südtirols im Statut verankern

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Andreas Leiter</i>	<i>Aula: 2</i>	<i>Ora: 15.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Andreas Leiter***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **12**

- Autonomiestatut = Übergangslösung
- Ziel muss Selbstbestimmung sein
- Verankerung über Möglichkeit der Abstimmung muss ins Statut (dzt nicht drin)
- In der Präambel soll/muss kommen:
UNO sagt
→ jedes Volk hat Recht auf Selbstbestimmung → Südtirol hat Recht auf Selbstbestimmung
Italien hat sich verpflichtet, sich an das Völkerrecht zu halten
Beschreibung / Definition von Selbstbestimmung (UNO-Resolution Nr. 2625 vom 24. Oktober 1970)
- Italien könnte Selbstbestimmung eigentlich nicht gut nein sagen. Es gibt Beispiele, wo sie zugestimmt haben (Jugoslawien, Triest ...)
- Autonomie verlangsamt die Assimilierung, hält sie aber nicht auf.
- Fakt ist, dass über kurz oder lang jede Minderheit untergeht.
- Im Statut einfügen: wenn Italien Autonomiestatut verletzte, darf das Land die Selbstbestimmung ausrufen.
- Im Statut auch einfügen: Selbstbestimmungsrecht soll auch möglich sein, wenn andere Notsituationen auftreten (zum Beispiel: wenn Italien aus Euro-Zone fliegt ...)
- Es ist darüber zu diskutieren, wer das Selbstbestimmungsrecht ausüben kann / wer wählen kann (eventuell nur solche Südtiroler, welche zum Beispiel über 20 Jahre im Land sind, eventuell nur Deutsche und Ladinler als geschützte Minderheit ...)

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

**Thema/Tema: Verankerung des Selbstbestimmungsrecht in der
Präambel des Autonomiestatuts**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Eduard Stoll</i>	<i>Aula: 3</i>	<i>Ora: 11.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Eduard Stoll***

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	11

Der Initiator schlägt vor, dass folgende Sätze aus den Menschenrechtspakten bzw. aus der UNO-Resolution 2625 vom 24.10.1970 in die Präambel des neuen Autonomiestatuts eingebaut werden:

„Das Volk Südtirols hat das Recht auf Selbstbestimmung. Die Errichtung eines souveränen und unabhängigen Staates, die freie Vereinigung oder Verschmelzung mit einem unabhängigen Staat oder Übergang zu irgendeinem anderen, vom Volk frei bestimmten politischen Status stellen die Verwirklichungen des Selbstbestimmungsrechtes durch das betreffende Volk dar.“

Der Antrag wird grundsätzlich von allen unterstützt. Wenn die Möglichkeit auf die Selbstbestimmung eindeutig festgelegt ist, dann finden mehr Bürger Interesse daran. Italien hat auch das Selbstbestimmungsrecht in der EX-UdSSR und in Ex-Jugoslawien unterstützt.

Eine andere Teilnehmerin verweist auch auf die größeren Druckmöglichkeiten gegenüber Rom. Mehrheitsverhältnisse und politische Gegebenheiten sind dauernd im Fluss.

Ein Teilnehmer sieht ein Referendum, ob Recht beansprucht werden soll, für sinnvoll.

Italien ist aufgrund von Volksbestimmungen entstanden.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Artikel 19 muss bleiben***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Manfred Sottsass</i>	<i>Aula: 3</i>	<i>Ora: 12.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Verena Geier***

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	13

- Artikel 19 beschreibt Muttersprachenunterricht – soll ohne Abstriche erhalten bleiben
- Teilnehmer unterrichtet selbst und sagt aus Erfahrung, dass Methodik und Didaktik geändert werden müssen – nicht mehr Stunden!
- 1.800 Stunden Italienisch-Unterricht bis zur Matura müssen genügen!
- In der Methodik liegt das Problem: Kommunikations-Italienisch braucht es, nicht Literatur, komplizierte Zeitformen.
- CLIL darf keine Alternative sein → ungerecht den Personen gegenüber, die sich schwer tun
- Italienisch ist für deutschsprachige nicht Zweitsprache, sondern Fremdsprache! Dementsprechend muss die Methodik geändert werden.
- Wir sind österreichische Minderheit in Italien, deshalb muss Artikel 19 unbedingt erhalten bleiben! An Qualität des Unterrichts muss sich etwas ändern.
- Artikel 19 ist Schutz für österreichische Minderheit in einem fremden Staat. Damit die deutsche Sprache erhalten bleibt, muss Artikel 19 bleiben.
- Kinder lernen italienischen Text, können ihn auf Italienisch aufsagen, wissen aber nicht worum es geht.
- Überleben nur durch Muttersprache gesichert – deutsche Muttersprache muss erhalten bleiben.
- Im Aostatal wurden mehrsprachige Schulen eingeführt – 2 Generationen nachher sind nur mehr 2 Prozent Französisch.
- Immersionsunterricht ist Untergang für deutsche Südtiroler.
- Bereits jetzt wird der Artikel 19 aufgeweicht, obwohl im Autonomiestatut verankert.
- Magnago, Benedikter haben für Artikel 19 gekämpft, das dürfen wir heute nicht aufgeben.
- Lehrer müssen Kostbarkeit der deutschen Sprache beibringen.
- Sprachen sind Kapital. Muttersprache muss aber erhalten bleiben.
- Eltern muss man mitgeben, wie wichtig die Muttersprache ist.

- Man muss sich gegen CLIL wehren.
- Wichtig ist die Sprachkenntnis. Methoden, wie man zu einer Sprache kommt.
CLIL
→ gute Schüler werden gefördert; schlechter Schüler ist überfordert.
→ kompetente Lehrpersonen fehlen: Wie soll Mathematik-Lehrer in einer anderen Sprache unterrichten?
→ Ziel sollte es sein, dass Kinder die Sprache gut beherrschen – alle Sprachen sind wichtig, auch Muttersprache; auch in der Wirtschaft sind Sprachen wichtig.
- Der Schüler berichtet vom Wirtschaftsunterricht, welcher recht gut in Italienisch funktioniert hat → Schüler haben sich gut zurecht gefunden, auch fürs Studium gut. Mehr Stunden Italienisch braucht es aber nicht.
- Mehrsprachigkeit ist auch Englisch; Englisch kommt viel zu kurz. Endresultate bei Zweisprachigkeitsprüfung der Claudiana Studenten schlecht.
- In Oberschule sollte man auf Zweisprachigkeitsprüfung vorbereitet werden → gute Lehrer machen guten Unterricht.
- Italienischkenntnisse haben sich gebessert – wieso muss man noch mehr Italienisch einführen?
- Geschichte muss mehr und genauer gelernt werden → Geschichtebücher müssen anders aufgebaut werden.
- Nicht CLIL, sondern Vorbereitung auf Zweisprachigkeitsprüfung.
- Problem ist, dass es zu wenig um Praxis geht; das Italienisch, das man nachher braucht, muss gelernt werden.
- Differenzieren: in Bozen anderen Sprachunterricht einführen als in ländlichen Gegenden.
- Wir haben Recht, in öffentlichen Ämtern in der Muttersprache bedient zu werden.
- Italienisch bzw. Sprachen kann man auch nach der Schule noch lernen.
- Deutsche müssen aber auch Italienisch sprechen in öffentlichen Ämtern; das lernt man nur in der Schule.
- Stromrechnung wird in Italienisch geschrieben.
- Lehrer, die aus Südtalien kommen, können Kindern auf Nachfrage nichts in deutscher Sprache erklären → Kompetenz fehlt.
- Zweisprachigkeit ist für Lehrer nicht verpflichtend, sollte aber so sein.
- Wenn man etwas nicht auf Italienisch versteht und selbst nachdenken muss, regt das mehr das Denkvermögen an.
- Osttiroler beneiden uns um Italienisch.
- Diese sind aber nicht in unserer Situation, sind nicht Minderheit.
- Wenn Artikel 19 verwässert, verlieren wir unsere Wurzeln und unsere Werte.
- Auch Tourismus muss sich bessern: italienische Bezeichnungen statt Ladinische, muss sich ändern.
- Wenn Druck besteht, kann man Methoden ändern, mehr Wahlfächer, Sommerkurse → Deutschunterricht darf nicht leiden.
- Engländer, Deutsche können nicht verstehen, warum man mit 1.700 Stunden so wenig Italienisch und Deutsch beherrscht – Methodik muss sich ändern.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Bewahrung der Grundsäulen der Autonomie***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Hannes Franz Josef Astner</i>	<i>Aula: 3</i>	<i>Ora: 13.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Astner Martin***

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	7

Vorstellung der Teilnehmer – wer von wo

- Es sind sich alle einig, dass die deutsche Muttersprache amtlich sein soll, gepflegt werden soll und nicht nur verteidigt, sondern als selbstverständlich sein muss
- Öffentliche Institutionen aber auch private umgehen den Proporz
- Bei vielen Angestellten, Beispiel Bahn, werden Personen angestellt, obwohl sie von weit herkommen und mehr kosten (Entfernungszulage ...)
- Die Pflicht zweisprachig mit den Bürgern umzugehen oder zu sprechen muss respektiert werden und ansonsten geahndet werden

Abstimmungen mit Wortmeldungen:

- Proporz ist ein Friedensinstrument und muss ausgedehnt werden, auf alle Unternehmen, auch mittlerweile privatisierte Staatsunternehmen! 100% dafür.
- Ansässigkeitsklausel muss erhalten bleiben und ist ein Instrument dass durch Truppenbewegungen keine Wahlen beeinflusst werden können! 100% dafür.
- Das Werk von Tolomei darf auf keinen Fall fortgeführt werden. Somit sollten keine neuen Namen erfunden werden. Man sieht, dass Italiener eine Freude haben wenn sie auf einem Tiroler Berg waren.

Vaterland Österreich:

- Im neuen Autonomiestatut muss Österreich als Schutzmacht festgehalten und verankert werden. 100% dafür gestimmt.
- Schutz der deutschen Muttersprache muss im Autonomiestatut ganz klar und an erster Stelle festgelegt sein. 100% dafür.
- Die Vereinsfreiheit und das Ehrenamt muss erhalten bleiben, keine Quoten festgelegt werden, größtmögliche Vereinsfreiheit lassen. 100% dafür.

Zuständigkeiten exakt regeln:

- Steuer- und Rentenhoheit muss beim Land sein.
- Wenn im Land kein übriges Geld ist, zum Verschenken, so soll das was ist im Land bleiben. 100% dafür.
- Die primäre Zuständigkeit im Bereich Einwanderung muss bei Land, für das Land, angesiedelt sein. 100% dafür.
- Die Polizei und die Überwachung müssen beim Land sein.

Fragen und Abstimmungen in der Runde:

- Die deutsche Muttersprache muss sowohl im Privaten als auch im öffentlichen Bereich geschützt werden. 100% ja.
- Alle historisch gewachsenen Namen, deutsch oder italienisch, sollen erhalten bleiben und keine neuen Namen oder Wörter erfunden und die nicht-historischen entfernt werden – faschistische Namen müssen weg! 100% ja.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: Südtirol Heimat für alle Sprachgruppen und offen nach Außen

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
Proponente: Hans Schwingshackl	Aula: 3	Ora: 14.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: Wolfsgruber Alexander

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **14**

Jeder soll das Recht haben die Heimat zu erwerben aber auch die Pflichten auf Anpassung der hier herrschenden Gegebenheit.

Heimat ist vielfältig und brisantes Thema.

Manche Italiener fühlen sich nicht angekommen, suchen ihre Identifikation in faschistischen Relikten.

Es gibt bereits Parallelgesellschaften.

Wenig Verständnis für andere Sprachgruppe.

Ladinisches Selbstbewusstsein in letzten 15 Jahren deutlich gestiegen.
Nicht zwangsläufig ladinisches Schulmodell übernehmen.

Es gibt Probleme auf die deutschen Fragen in Bozen deutsche Antworten zu bekommen im Gegensatz zum Italienischen.

Was kann man tun zu helfen dass sich jemand hier angekommen fühlt.
Autonomie als Antwort auf Nationalstaat baut auf Deutsch und ladinischen Sprache.

Ein unabhängiges Südtirol bräuchte keine Schutzmechanismen mehr, Einfluss von Nationalstaaten begrenzen.

Ohne nationales Einmischen (Eigenständigkeit) weniger Problematik.

3 Gruppen von Italienern:

- Siamo in Italia
- Verfassungspatrioten

- Integrierte sich als Südtiroler fühlen (wächst)

Heimatbewusstsein = zweisprachig zu sein

Um nicht den Eindruck zu erwecken zu kurz zu kommen manche Institute in dreifacher Ausführung (Schule – Kultur).

Angst vor Heimatverlust vermehrt auf deutscher Sprache sichtbar.

Durch ausländische Zuwanderung rückt die deutsche und italienische Sprache zusammen.

Verfassungsrechte und -pflichten des Staatsgebiets annehmen, deutsche Sprache auch erlernen auch wenn italienisch die Nationalsprache ist.

Zuständigkeiten für Integration auch separat für Südtirol.

Zuwanderung steuern / qualifizierte holen.

Bedenklich mehr als 50% verlassen Südtirol.

Eigenständigkeit ist kein Widerspruch zum offenen Dialog/Weltoffenheit.

Wie wird in Zukunft mit ausländischen Staatsbürgern verfahren.

Einwanderer stehen in Konkurrenz mit weniger qualifizierten Südtirolern.

Migranten von Wirtschaft gefordert also Verpflichtung Politik gefordert.

Euregio als Makroregion gefordert.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

**Thema/Tema: Mehrsprachigkeit als Reichtum -
Sprachgruppenzugehörigkeit**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
Proponente: Christine Baumgartner	Aula: 3	Ora: 15.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: Hans Schwingshackl

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **6**

- Mehrsprachigkeit als persönliche Erfahrung von Reichtum
- Durch Migration und gemischte Ehen wird die Sprachzugehörigkeitserklärung fragwürdig, weil Menschen sich nicht mehr eindeutig einer Sprachgruppe zugehörig erleben
- Kann der Schutzraum durch Mehrsprachigkeit im öffentlichen Dienst aufgehoben, gelockert bzw. mit Ausnahmen versehen werden
- Notwendigkeit von Mehrsprachigkeit wird im Alltag in unseren (pustertaler) Gemeinden vielfach nicht als wichtig empfunden
- Modell das jeder in seiner Sprache redet und die anderen versteht → als anzustrebendes Ziel
- Zweisprachigkeit im öffentlichen Dienst hat Vorrang vor der Sprachzugehörigkeit (als Zielsetzung!)
- Wie kann die Mehrsprachigkeit in unserem Land, bes. in der Schule besser vermittelt werden?
- Durchlässigkeit im Schulsystem → Lehrer und Schüler wandern in bestimmten Fächern in die anderssprachige Schule.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: Sportautonomie: Südtiroler Sportler unter Südtiroler Fahne

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
Proponente: Benjamin Rauchenbichler	Aula: 4	Ora: 11.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: Steger Christian

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **18**

Eigene Volksgruppe sollte eigene Fahne hissen dürfen.
Südtiroler eventuell unter die Forst bringen.

Weissenegger Bozen: er hat in Bozen genau das Thema eingebracht. Er schlägt eine reelle Sportautonomie vor, wie in Schottland usw.; die Bevölkerung ärgert sich immer über die Bezeichnung italienischer Sportler.

Martin Plankensteiner: Grundproblem der Arbeitgeber – Finanz – Polizei – Militär- Südtiroler Sportler sollten sich selbst mehr für ihr Land identifizieren. Das gezwungene italienische Fahnenhissen bzw. Tragen ist eine negative Funktionsentwicklung fürs vereinte Tirol. Nordtirolern wird dadurch gezeigt ... Sie wollen nicht Tiroler sein.

Südtiroler Fahne auch – Tourismus Werbewert!!!
Sponsorengelder: eventuell sollte die SMG vorherrschend sein.
Sportler einfach unter Südtiroler Landesdienst stellen. Es sollte mindestens die Möglichkeit dazu geschaffen werden. Zum Beispiel: FC Barcelona steht zur katalanischen Fahne. Auch in Bayern werden die Bayernfahnen verwendet.
Sportler sollten geschichtlich top aufgeklärt werden.
„Möglichkeit“ im neuen Statut sollte bestehen zu wählen ob er im Landesdienst angestellt wird! Freier Wille des Sportlers (FAHNENWAHL)

Die Sache der Sportautonomie sollte dringend in der Landesregierung bearbeitet werden!
Die gleiche Vorgangsweise wie die Umweltkompetenzen vom Staat Italien aufs Land Südtirol zurück!

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Autonomia fiscale, pensionistica e tributaria***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Marco Sandroni</i>	<i>Aula: 4</i>	<i>Ora: 12.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Heinold Rottensteiner***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **10**

(Jeder spricht seine Sprache)

Insellösung ist nicht möglich.

Eigenverantwortung ist auch in Steuerdingen notwendig

Niedere Eingangssteuer soll mit der Abschaffung von Subventionen verbunden werden

Von einigen wird hingegen Umverteilung gefordert

In Südtirol ist viel weniger Korruption als im Rest von Italien

Es fehlt an Eigenverantwortung, Transparenz, auch in Steuerdingen, ist notwendig

Europa soll uns zur Eigenverantwortung führen.

Zu hohe Steuern machen die Bereitschaft Steuern zu zahlen kaputt

Die Idee eines einheitlichen, niedrigen Steuersatzes

Südtirol ist bereit, die primären Kompetenzen in Steuersachen zu übernehmen. In

Südtirol wäre eine höhere Rechtssicherheit.

Es stellt sich die Frage, welche Zuständigkeiten an die Gemeinden in Steuersachen übertragen werden

Steuersatz soll durch Volksabstimmungen festgelegt werden. Es ist umstritten, ob der Bürger dazu bereit ist

Das Ziel muss mehr Transparenz sein. Aufgaben und Finanzierung der örtlichen Körperschaften sollten parallel laufen

Es ist ein Systemfehler, wenn eine Abstimmung über Steuersätze nicht möglich ist.

Südtirol bekommt ungefähr 85% des Südtiroler Steueraufkommens. Das System muss auf den Kopf gestellt werden. Südtirol hebt alle Steuern ein und schickt 15% nach Rom.

Steuersätze können leider nicht in Südtirol festgelegt werden.

Es braucht niedrigere Steuersätze, die in Südtirol festgelegt werden

Es ist umstritten, ob die Bürger für einen Aufbau einer Steueroase, ist eine Frage der Macht.

In das neue Autonomiestatut muss dem Land der Handlungsspielraum für Änderung der Steuersätze gegeben werden

In den letzten Jahren sind die Steuern dauernd gestiegen und in vielen Teilen wurden Dienstleistungen eher schlechter.

Renten:

Das Rentensystem INPS ist nicht mehr stabil, deswegen muss ein eigenes System aufgebaut werden.

Was passiert mit den Renten falls Südtirol unabhängig wird? Das (...)system erlaubt es, dass die arbeitende Bevölkerung mit den Beiträgen die aktuellen Renten zahlen. Es bedeutet keinerlei Verluste für die Rentner.

Renten werden sicherer, weil die Südtiroler jünger sind, eine höhere Erwerbsquote haben und weil die Gehälter höher als in Restitalien sind.

Es braucht ein neues Umverteilungssystem.

Steuerautonomie und eigenes Rentensystem ist positiv und erstrebenswert. Die Bevölkerung muss sich aber über die Änderungen im Klaren sein.

Es gibt zu wenig Familienförderung für Einheimische.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

**Thema/Tema: Verankerung der Schutzmachtfunktion Österreichs
in der Präambel des Autonomiestatuts**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
Proponente: Rupert Gietl	Aula: 4	Ora: 13.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: Gerald Leiter

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **15**

- Die Schutzmachtfunktion Österreichs für Südtirol sollte in die österreichische Verfassung aufgenommen werden → Deswegen ist es das Mindeste, die Schutzmachtfunktion auch in unserer Landesverfassung festzuschreiben
- Südtirol braucht internationale Partner → Österreich ist die Nummer 1
- Dabei soll Österreich als neutraler Partner allen Südtirolern zur Seite stehen. Es braucht aber ein klares Bekenntnis zur Alpenrepublik.
- Die Schutzmachtfunktion dient dem Vorteil aller Bürger Südtirols, egal aus welcher Volksgruppe, denn sie hilft, die Autonomie zu schützen
- Bei Verletzungen des Autonomiestatuts kann die Schutzmacht über klare Abläufe angerufen werden.
- Die Präambel soll auch beinhalten, dass die Schutzmachtfunktion, sowie die gesamte Autonomie auf der Existenz der deutsch- und ladinischsprachigen; österreichischen Minderheit basiert.
- Festhalten, dass die deutschen, ladinischen und zum Teil auch die italienischen Bürger Nachfahren von Bürgern der Ersten Republik sind und deshalb den Anspruch auf den Schutz durch die Zweite Republik erheben
- Die Aufnahme in die Präambel der Autonomie soll ein klares Bekenntnis zu dieser historischen Verbindung sein.
- Der Kontakt zwischen der Schutzmacht und Südtirol soll über ein Gremium abgewickelt werden, zu dem alle gesellschaftlichen und politischen Gruppen gleichrangig Zugang haben
- Man kann nicht nur immer nach Wien pilgern, wenn es ein Problem gibt. Die Festschreibung in der Präambel ist ein klares Zeichen hierfür.
- Südtirol braucht starke Partner zum Schutz der Autonomie, der natürlichste Partner ist Österreich. Unsere Beziehungen sind aber keine Einbahnstraße: Das soll die Präambel symbolisieren.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Nachhaltigkeit und globale Verantwortung***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Hanspeter Niederkofler</i>	<i>Aula: 4</i>	<i>Ora: 14.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Johanna Schmiedhofer***

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	8

Rolle von Südtirol im Weltverbund im Umgang mit Ressourcen
Wie bringt man die Nachhaltigkeit und die vernetzte Rolle unseres Landes in die Präambel des Autonomiestatutes

Zeigen sich jetzt die Fehler, dass wir die Themen der Umwelt zu wenig thematisiert werden und Entwicklungszusammenarbeit.

Wir müssen uns fragen, was tut uns gut (nur Geld?)

Das Thema ist unpopulär aber wichtig! Die Energieversorgung aus Wasserstoff ist z.B. nicht nur umweltfreundliche, auch die Bodennutzung ist bedenklich

- Die verstärkte Zuständigkeit geht in die falsche Richtung, es geht nur um Geldbeschaffung
- In den Haushaltsreden und Ex-Landeshauptmann stand auch schon immer Ökologie und Ökonomie → aber de-facto → Geldbeschaffung
Die Botschaft, die wir kriegen, ist immer Konsum – Maßlosigkeit –beängstigend!!
Die Nachhaltigkeit ist unsere Mitverantwortung, wir haben ein Erbe zu verwalten und unsere Kinder sollten auch etwas zu tun haben können
- Alternative Energien:
Gaia: Ein Generator gewinnt mehr Energie als er braucht, aber solche Technologie wird nicht gefördert, weil ohne Lobby
- Auch Photovoltaik: es wird mehr ruiniert, als gut gemacht → Sackgasse
Es sollten effiziente Systeme mit Nachhaltigkeit gefördert werden z.B. SONNE → Solartechnik ohne seltene erden (Silicium)
- Förderung: Nur nachhaltige Technologien, Nachhaltigkeit muss sich auf den ganzen Produktionsprozess beziehen und die Materialflüsse berücksichtigen
TTIP große Gefahr für Gesundheitssystem, Lebensmittelkontrollen usw.

- Recht und Pflicht für Nachhaltigkeit
Bildung für Nachhaltigkeit!
(In der neuen Verfassung von Südamerika steht die Natur als Rechtssubjekt)

Wir müssen die Parameter verändern, nicht nur Wirtschaftskraft so z.B. solidarische Prinzipien

Schutz von Natur, Biodiversität auch in der Landwirtschaft muss ein fundamentales Ziel der Landesverwaltung werden

Solidarität und soziale Verantwortung

Neben Eigenverantwortung müssen Regierungen entsprechende Rahmenbedingungen schaffen

Neue Ansätze von solidarischem und ökologischem Wirtschaften

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: **Gesundheit: Autonomie/Öffentliche Gelder**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente:</i> Andreas Leiter	<i>Aula:</i> 4	<i>Ora:</i> 15.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Rauchenbichler Benjamin**

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	17

Das Thema wurde eingebracht, da es ein wichtiger Punkt ist. Genau diese Themen müssen immer wieder aufgeworfen werden, damit sie nicht vergessen werden. Themeninhalt ist auch die Einsparung bei öffentlichen Banken. Als erstes Beispiel soll die „Cascade“ in Sand in Taufers gelten, wo Gelder verbrannt wurden. Der Grundgedanke ist gut, aber die Ausführung schlecht. Dadurch entstehen Baumängel, die wieder die öffentliche Hand „ausbessern“ muss. Die Ausschreibung soll über die Qualität erfolgen, nicht immer alles dem Günstigen geben. Dadurch werden oftmals Betriebe angestellt, welche zwar billig arbeiten, aber die Qualität leidet. Beim Altersheim in Niederdorf sind zwei Firmen in Konkurs gegangen, da immer der billigste genommen wird. Evtl. müsste man einen maximalen (...)prozentsatz festlegen, ab dem es nicht mehr möglich ist, qualitativ hochwertig zu bauen. Es muss verboten werden, wenn es nicht schon ist, dass öffentliche Verwaltungen, die Baufirma von ihrer gesetzlichen Verpflichtung und Qualitätskontrolle entbinden kann, wie in Sand in Taufers passiert. Ebenso wird beim Straßenbau der billigere Straßenbelag verwendet und dadurch werden die Straßen schlechter. Die Süd-Tiroler Gemeinden sind mit ca. 1,2 Milliarden Euro verschuldet, das ist kein Pappentier. Der Rentenskandal wird angesprochen. Eingesteckt hat ein jeder. Das ist ein Paradeplatz für die Verschwendung öffentlicher Gelder. Gesundheit: Trotz Millionen Euro wartet man Tage – bis Monatelang auf einen Termin. Es wird eine Zweiklassenbetreuung geschaffen. Derjenige der es sich leisten kann lässt sich privat behandeln, die anderen warten. Als Beispiel wird genannt, dass Menschen „minderwertige“ Prothesen bekommen, um einzusparen.

Beipackzettel müssten auf Deutsch dabei sein, nicht erst auf Nachfrage. Es wird vermutet, dass das ein gezielter Angriff auf das Recht ist, den Beipackzettel auf Deutsch zu erhalten.

Das Niveau und die Kompetenz der Politiker lassen zu wünschen übrig.

Die Missstände kommen durch die Politik zusammen.

Unnütze Stellen müssen in der Sanität und allgemein abgeschafft werden, um unnütze Kosten zu sparen.

Bei Infoveranstaltungen werden in Süd-tirol nicht genug Menschen mobilisiert.

Die Berechnung der Politikergehälter wird als absolut unmöglich dargestellt – und von der Gruppe allgemein für gut geheißen.

Öffentliche Gelder: Kompatscher hat hohe Geldsummen an den Staat verschenkt, indem, er verschiedene Dokumente unterschrieben hat und auf die Forderungen Süd-Tirols verzichtet.

Die Moral ist bei den Politikern sehr tief, aber auch in der Gesellschaft gesunken.

Ein Spruch sagt: Wir haben die italienische Sprache nicht erlernt, aber die Verwaltung sofort übernommen. Jedenfalls die Funktion derselben.

Wenn die Gesellschaft ein korrektes moralisches Verhalten fordert, und gegenseitiges straft, wird sich auch etwas ändern.

Derjenige der in Süd-Tirol einen Missstand aufdeckt, wird als Urheber des Problems gebrandmarkt.

Die Gemeindefinanzierung sollte im Autonomiestatut verarbeitet und eingebettet werden.

Die Ämterhäufung sollte vermeiden werden → ins Autonomiestatut aufnehmen.

Eventuell ein Ehrenkodex für Politiker.

Mehr Transparenz bei der Vergabe und Besetzung von öffentlichen Posten und v.a. Führungspositionen.

Mehr Investitionen dafür, dass die Bauten der öffentlichen Hand, besonders die Spitäler, ihrem Nutzen zugeführt werden, und diesen auch erfüllen, bzw. besser erfüllen als bisher.

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

Thema/Tema: **Unabhängigkeit**

Initiator/in

Proponente: **Taibon Lois**

Raum

Aula: **5**

Zeit

Ora: **11.15**

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Nitz Karl**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)

Numero partecipanti (ca.) **14**

- Die Unabhängigkeit muss das Ziel der Autonomie sein
- Die aktuelle Situation zeigt, dass kleine Staaten bessere Aussichten haben.
- Rechtlicher Hintergrund der Unabhängigkeit ist Art. 1
- Das Recht der Unabhängigkeit muss eingefordert werden.
- Der politische Wille muss gegeben sein.
- Beispiele zur Unabhängigkeit (Selbstbestimmung): Schottland, Katalonien, Aaland-Inseln
- Schutzmacht Österreich muss mit eingetragen werden
- Unsere Zukunft (der deutschsprachigen und ladinischen Bevölkerung) ist gefährdet
- Heutige italienische Regierung ist der Selbstbestimmung, Unabhängigkeit nicht wohlgestimmt.
- Finanzielle Unabhängigkeit Südtirols wäre gesichert.
- Aufklärung der Bürger ist notwendig
- Abhaltung eines bindenden Referendums ist durchzuführen
- Die Idee eines Freistaates können auch von italienischen Mitbürgern mitgetragen werden.
- Die Zugehörigkeit zu Italien gefährdet das kulturelle und wirtschaftliche Überleben unseres Landes
- Die politischen Vertreter unsers Landes müssen den Willen und Bedürfnisse des Volkes berücksichtigen und umsetzen
- Nach schottischem Vorbild soll im 3. Autonomiestatut das Recht auch eine Abstimmung verankert werden.
- Das heimische Bankensystem muss nach dem Liechtensteiner und Schweizerischen Vorbild abgeändert werden.
- Die Unabhängigkeit bedeutet die Kompetenz in den Bereichen lokale Polizei, Justiz, Steuern, Renten, Einwanderung.
- Die Umsetzung der Unabhängigkeit muss friedlich und demokratisch erfolgen.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Zweisprachigkeit in öffentlichen Ämtern***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Marlies Valentin</i>	<i>Aula: 5</i>	<i>Ora: 12.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Judith Valentin***

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	12

Gebrauch der Muttersprache soll Pflicht in öffentlichen Ämtern sein. Die Bediensteten müssen beider Sprachen mächtig sein. Die Ladiner sind aber benachteiligt, da die Amtssprachen deutsch und italienisch sind und dürfen somit nicht Gebrauch des Rechts auf Muttersprache machen.

Proporz soll weiterhin bestehen bleiben!

Bei Ausschreibungen von öffentlichen Arbeiten sollen die Menschen auch die Zweisprachigkeit haben (z.B. Putzfirmen im Krankenhaus). Auch bei Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung soll die Zweisprachigkeit erhalten bleiben auch Proporz.

Die Transportgesellschaft SAD, welche den öffentlichen Verkehr regelt, ist eine private Gesellschaft, hier wird die Zweisprachigkeit umgangen, da sie jeden einstellen können. Es wäre vor allem wichtig, sich mit die alle Bürger verständigen zu können und mit die deutschen Nachbarn (Österreich) verständigen können, auch diesen privaten Gesellschaften und Firmen, wenn sie öffentliche Angebote anbieten müssen, die Zweisprachigkeit vorweisen.

Öffentliche Stellen braucht man die Zweisprachigkeit, werden aber nicht überall honoriert. Wenn die Zweisprachigkeit verlangt wird für eine Stelle so soll sie auch honoriert werden.

Antworten wie „Siamo in Italia, parli italiano“ soll in öffentlichen Stellen nicht geben. Zweisprachigkeit, Dreisprachigkeit und Mehrsprachigkeit solle eingehalten werden, das heißt, wenn Zweisprachigkeit verlangt wird!

Ausweitend der Mehrsprachigkeit (z.B. Telefonanbieter).
Formulare in öffentlichen Stellen Zweisprachigkeit (z.B. Post!!!).

Etiketten auf Lebensmitteln sollen nicht über der anderen Sprache geklebt werden, sondern daneben.

Ausweitung auch der italienischen Berichte / Formulare ins deutsche.
Proporz soll eingehalten werden.

In den Werkverträgen vor allem im Gesundheitswesen bei Ärzten aber auch bei anderen Berufsbildern soll eine bindende Klausel mit der Zweisprachigkeit stehen.
Festlegung der amtlichen Verbindlichkeiten von Gesetze, d.h. bei uns werden in Gemeinden oft zuerst auf Deutsch formuliert und erst danach in Italienisch übersetzt, im Zweifelsfall gilt aber italienisch.

Proporz und Zweisprachigkeit auch beim Militär.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: **Wiedervereinigung Tirols**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente:</i> Martin Plankensteiner	<i>Aula:</i> 5	<i>Ora:</i> 13.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Martin Plankensteiner**

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	26

Ausgangslage Tirol geteilt, politisch und wirtschaftlich, loser Verbund über Europa und die sogenannte Europaregion Tirol.

Die Menschen kennen die Europaregion nicht. Um Wiedervereinigung zu erreichen, braucht es eine Form der Selbstbestimmung der Tiroler, welches die Unrechtsgrenze verschwinden lässt!

Es braucht eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, um auch die politische Einheit zu erreichen.

Geschichtsunterricht muss verbessert werden, um die die Identität zu stärken.

Es besteht eine Rechtsunsicherheit, welche die Tiroler nicht zusammenkommen lässt.

Verwaltung: warum können wir die Fachleute nicht gemeinsam nutzen. Leider ist das Problem der unterschiedlichen Rechtsprechungen, Verbände können sich deshalb nicht zusammenschließen.

Die Trentiner (Welschtiroler) können als Bremsklotz empfunden werden. Sie waren historisch nicht immer loyal zu den übrigen Tirolern.

Es ist ein wichtiger Punkt, dass der Prozess über Europa laufen soll.

Die Wiedervereinigung wird nur stattfinden, wenn wir wirtschaftlich zusammenwachsen.

Auf längere Sicht ist in der heutigen Form nicht möglich, die Tiroler Kultur weiterzutragen!

Um die Sicherung der Tiroler Kultur und Wesensart braucht es eine Rückkehr zu Österreich.

Das Brauchtum ist ein Grundpfeiler der Kultur. Ganz wichtig: es muss ein Austausch diesbezüglich erfolgen.

Warum ist jetzt eine Grenze in den Köpfen entstanden. Historie ist nicht richtig aufgearbeitet worden.

Wiedervereinigung über die Menschen und Europa. Wirtschaftliche Einigung wichtig.

Nur durch wegkommen vom Staat wird uns helfen die Identität zu wahren.

Endziel weg vom Staat, aber zuerst müssen rechtlichen Kompetenzen zurückkommen.

Vielleicht kommt uns die europäische Einigung zugute!

Anregung an politische Köpfe etwas von ihrer gehobenen Position abzusteigen.

Wichtig, Unterschiede in der Rechtsprechung sind zu groß. Diese lassen es nicht zu, sich zu vereinen!

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: Von der Trennung zur Inklusion

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
Proponente: Markus Lobis	Aula: 5	Ora: 14.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: Rupert Gietl

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	25

- Wohin soll die Entwicklung gehen?
- Südtiroler Politik und Gesellschaft hat keinen Plan für die Zukunft
- Bisher wurde der politische Austausch über die Erhebung der Sprachgruppen geregelt.
- Es sollen gemeinsame Vorstellungen definiert werden.
- Man soll sich zugehörig fühlen können.
- Sprachgruppenzugehörigkeit greift: beim öffentlichen Dienst, Beiträgen und bei den politischen Kandidaten
- Wie viele Personen können sich nicht zuordnen → laut Astat sind es weniger als 1 Prozent
- 15.000 Personen haben sich nicht erklärt bei der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung.
- Warum sind keine Italiener im Konvent? Sie fühlen sich nicht angesprochen?
- Der Freistaat böte allen Bürgern die Möglichkeit, sich gleichwertig einzubringen.
- Der Staat hat mehrmals gezeigt, dass er von außen eingreift und kein Umfeld zulässt, indem sich eine Inklusion entwickeln kann
- Wie müssen uns auf Augenhöhe begegnen, aber solange der Staat mitmischt, haben die Sprachgruppen keine Chance, sich ohne Angst zu begegnen
- Nationalstaat ist ein Hindernis für Inklusion.
- Als eigenes Land kann man locker aufeinander zugehen (Beispiel Schweiz) und sich ohne Trennung begegnen.
- Die Autonomie ist nicht überholt, sondern noch nicht einmal durchgeführt.
- Europa hat eine neue Perspektive geboten, heute gibt es neue Herausforderungen, wir müssen uns in Europa weiterentwickeln.
- Für Markus Lobis ist „Deutschtum“ historisch belastet
- Der Staat kann mit der mehrsprachigen Situation in Südtirol nicht umgehen. Das verhindert die Inklusion.
- Verliert Markus Lobis die Identität, wenn er in einer anderen Sprache etwas bestellt?

- Umbau Europas bringt die Inklusion → Zu den Regionen, solange das nicht erreicht ist, muss man vorsichtig sein.
- Unsere Politiker haben die Trennung mit zu verantworten, da sie davon profitieren.
- Wie kann man das Ungleichgewicht verhindern? Den Sprachen wird nicht die gleiche Würde gegeben. Diese muss man fordern.
- Solange es ein Ungleichgewicht der Sprache gibt, kann Inklusion nicht funktionieren.
- Die Autonomie baut auf dem Schutz der deutschen und ladinischen Volksgruppe auf. Es wird verhindert, dass diese in der italienischen Gesellschaft aufgeht. Die Autonomie basiert nur darauf.
- Die Autonomie ist nur eine Zwischenlösung, um langfristig das Land zu italianisieren.
→ Vergleich Aosta → von über 80% auf unter 10% in 70 Jahren.
Francoprovenzalen. Hier muss man aufpassen!
- Der gesunde Patriotismus verhindert noch die Assimilierung.
- Die Gesellschaft ist frustriert, es fehlen Perspektiven. Man muss Ziele für die neue Zeit suchen

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Individuelle Selbstbestimmung***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Markus Lobis</i>	<i>Aula: 5</i>	<i>Ora: 15.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Robert Steger***

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	30

- Herr Lobis stellt als Einführung die Frage nach der Definition von Selbstbestimmung. Wie weit ist der Freiheitsspielraum des Einzelnen? Nicht nur einer Gruppe.
- Individuelle Freiheit ist größtenteils vorhanden. Kollektive Selbstbestimmung ist den Südtirolern verwehrt (Entscheidung, ob wir bei Italien bleiben)
- Mediensituation in Südtirol ist zu wenig pluralistisch (Zu wenig freie Meinungsäußerung und Information sondern zu viel Propaganda). Gesetze und Regelungen brauchen objektive Begründung, wenn sie in individuelle Freiheiten eingreifen. Dazu gehört auch ein Mechanismus zur laufenden Überprüfung, ob diese Eingriffe noch notwendig sind.

Aussage: Wir wollen alles was uns betrifft selber regeln.

Gegenaussage: Ich möchte nicht, dass alles geregelt wird.

- Wir Südtiroler können besser für uns selbst Regelungen treffen. Wir wollen als Volk entscheiden und nicht nur eine kleine Gruppe für uns.
- Die Größe und Lage Südtirols ist kein Argument für eine selbstimplizierte „Kleinmachung“ unserer Anliegen.
- Individuelle Selbstbestimmung ist Grundprinzip eines demokratischen Staatswesens. Kollektive Selbstbestimmung ist auch ein Ausdruck dieses Prinzips.
- Zusammenhalt ist zur kollektiven Selbstbestimmung notwendig. Wohlstand und Wohlstandverlustangst stehen dem Zusammenhalt entgegen.
- Politische, individuelle Selbstbestimmung bedeutet mündige Bürger, die sich auch interessieren!
- Südtiroler Selbstbestimmung ist eine Verpflichtung für die nächsten Generationen und ist legitimer Ausdruck der individuellen Selbstbestimmung.
- Wir Südtiroler sind nicht mündige Bürger, da uns Angst vor Verlust von Wohlstand bei Abspaltungsbestrebungen von Italien geschürt werden.
- Aufzeigen der Vor- und Nachteile für die Südtiroler Selbstbestimmung.

- Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung ist Verzicht auf individuelle Freiheit.
- Die individuelle Freiheit hört dort auf, wo die Freiheit des Nächsten beginnt.
- Im Kleinen wollen wir selbst entscheiden.
- Autonomiestatut war nur Übergangslösung. Die Selbstbestimmung muss umgesetzt werden.

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

Thema/Tema: **Verhältnis zum Staat**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente:</i> Lerchner Stefan	<i>Aula:</i> 6	<i>Ora:</i> 12.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Oberhammer Erwin**

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	10

- Staat ist ein untergehendes Schiff
- Autonomie ist Übergangslösung
- Niemand ist gegen die Bevölkerung, sondern gegen den Staat!
- Sprachunterricht funktioniert nicht
- Mailänder Abkommen wurde nicht eingehalten
- Zweisprachigkeit
- Orts- und Flurnamen
- Historische Ortsnamen sollen bleiben
- Erfundene Namen müssen verschwinden
- Wir fühlen uns als Tiroler, nicht als Italiener
- Sind verpflichtet unsere Kultur zu schützen
- Haben wir ein gutes oder schlechtes Verhältnis zum Staat?
- Verhältnis zum Staat ist in der Runde zum Großteil nicht gut

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: **Begnadigung der Südtirol-Aktivisten**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente:</i> Maria Kerschbaumer	<i>Aula:</i> 6	<i>Ora:</i> 13.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Rauchenbichler Benjamin**

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	25

Die Südtirol-Aktivisten haben mehr Strafe aufgebunden bekommen als andere mit vergleichbaren Taten. Mörder und Mafiosi werden begnadigt. Diese aber nicht.

Für die Südtiroler Bevölkerung waren diese Leute Freiheitskämpfer, in den Augen anderer oft Terroristen. Der Vorschlag wäre, dass Aktionen aus politischem Grund auch verjähren können. Damit hätte sich die Strafe erledigt. Da alle anderen Verbrechen auch nach spätestens dreißig Jahren verjähren.

Bei offenen Grenzen sollte jeder nach Hause dürfen.

Es wird ein vereintes starkes Europa verkündet. Aber der Staat hat Angst vor einem Mann.

In diesen Sachen ist der Staat sehr kleinlich, da zum Beispiel beim Begräbnis von Oberlechner (Puschtra Bui) Geheimpolizei anwesend war. Im Ahrntal hat auch die SVP dagegen gestimmt, dass Oberleitner Heinrich Ehrenbürger wird. Das ist eine Schande!!

Solange sich in der hohen SVP-Politik nichts ändert, wird dieses Thema sicher nicht vorangetrieben werden können. Es muss da Ziel sein, dieses Thema im neuen Autonomiestatut zu verankern bzw. die Möglichkeit vorzusehen, dass dieses Thema bei der Behandlung des neuen Autonomiestatuts eingebracht wird. Italien kennt keine Gnade, hat aber keine Beweise.

Man muss dieses Thema auch in der Schule behandeln, damit die Bevölkerung Bescheid weiß.

Es muss sich dringend etwas ändern und die Begnadigung muss im neuen Autonomiestatut verankert werden.

Ein Grund für die Süd-Tirol Aktivisten war sicher, dass der Staat gefoltert hat und dies auch heute noch nicht unter Strafe steht.

Man muss diesen Punkt im neuen Statut verankern, damit dieser Punkt bei der Annahme durch den Staat auch genehmigt wird.

Eventuell auch eine Volksbefragung zum Thema vorschlagen und auch durchführen, damit diese Personen auch ihre Heimat wieder betreten können, ohne eingesperrt zu werden.

Auch die Süd-Tiroler Landespolitik sollte sich dem Thema erneut annehmen, und auch im neuen Statut aufnehmen, damit es in offizieller Weise vorgetragen wird.

Wiederholt wird festgestellt, dass das Thema in der Schule mehr unterrichtet werden muss, damit sich jeder aus objektiven Fakten eine eigene Meinung bilden kann.

Eventuell kann der Süd-Tiroler Landtag den Europäischen Gerichtshof anrufen, um eine unabhängige Neuverhandlung voranzutreiben.

Jede Gemeinde sollte ihnen die Ehrenbürgerschaft anbieten und darüber abstimmen.

Der Süd-Tiroler Landtag sollte seinen Schatten hinter sich lassen und diese Personen ehren (Landesverdienstkreuz).

Senator Hans Berger wurde ersucht, um ihn mit ein zu beziehen, da er als SVP Senator in Rom Druck machen kann; leider war er aber unauffindbar.

Die Süd-Tiroler müssen Farbe bekennen. Die Bevölkerung wie die Politik! Und zu ihrer Geschichte stehen und sich für ihre Aktivisten einsetzen.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: Einbeziehung des Vaterlandes Österreich bei der Überarbeitung des Autonomiestatuts

Initiator/in

Proponente: Gerald Leiter

Raum

Aula: 6

Zeit

Ora: 14.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Rauchenbichler Benjamin**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)

Numero partecipanti (ca.) **17**

Ziel ist es, die Schutzmachtfunktion Österreichs zu stärken und zu festigen. Die Kommunikation ist durch die Politik nur dann vorhanden, wenn man Hilfe braucht. Das muss sich ändern, und die Landespolitik muss dieses Verhältnis stärken, sowie es heute auch schon Vereine und Verbände tun. So sollte Österreich als Schutzmacht das dritte Autonomiestatut mitunterzeichnen, um die Bindung zu stärken. Die wäre auch für die italienische Bevölkerungsgruppe ein gutes Thema, da auch für diese nur Vorteile entstehen, auch diese haben von der Autonomie nur profitiert, und müssten dies sofort alle unterschreiben.

Dies wäre auch eine Sicherheit, dass das neue Statut nicht ohne Einverständnis der Schutzmacht geändert werden kann, und damit das Statut geschützt und gestärkt wird. Seit 2008 wird das bestehende Statut nur gekürzt und geändert. Hier brauchen wir Partner und Institutionen, die uns hier unterstützen.

Auch hätte Österreich eine größere politische Verpflichtung in Süd-Tirol, wenn das Statut unterzeichnet würde.

Dies würde auch die Landesteile Tirols wieder näher zusammenführen. Und dieses Thema – die Verbindung der Landesteile – muss vorangetrieben werden wie es Vereine und Verbände wie Schützen, Musikanten usw. schon heute tun.

Es darf nicht so sein, dass wir nur in Wien anrufen wenn wir etwas brauchen. Man muss die Freundschaft pflegen, genauso wie die politischen Kontakte.

Natürlich würde dieses Thema durch die doppelte Staatsbürgerschaft (welche eventuell im neuen Statut verankert wird) gestärkt werden.

Die Süd-Tiroler müssen sich bewusst werden, wohin der Weg gehen soll – und zu diesem Punkt auch stehen. Denn wir leben heute im falschen Staat, denn wir sind historisch und kulturell Österreicher.

Das Problem ist, dass sich Österreich es sich nicht mit Italien verscherzen will, da oft die Wirtschaft als Ausrede genommen wird. Unserer Sicht nach ist das ein Argument, das nicht haltbar ist, da die Wirtschaft trotzdem laufen würde.

In Österreich stehen viele Menschen hinter diesem Thema und auch hinter der doppelten Staatsbürgerschaft. Dies wurde von vielen Teilnehmern der Runde durch persönliche Gespräche herausgefunden.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

**Thema/Tema: Beziehung Südtirols zu armen und reichen
Nachbarn**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
Proponente: Hans Schmieder	Aula: 6	Ora: 15.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: Hans Schmieder

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	3 + 1

Nachbarschaft verpflichtet zu Partnerschaft, die unmittelbaren Grenzorte bzw. -regionen über die historische Tirol-Bezeichnung hinaus soll in gegenseitiger Förderung unter den Nachbarn bzw. Nachbargemeinden.

Durch wirtschaftliche Kontakte sind kulturelle Kontakte

Gute Beziehung zu Nachbarn ist ein Wert und soll gefördert werden.

Förderung der kulturellen Kooperation, wobei die Identitäten der jeweiligen Kulturräume erhalten bleiben sollen.

Grenzen sollen nicht als Abgrenzung sondern als Tore (Öffnung) verstanden werden.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

Thema/Tema: **Einwanderungsproblematik**

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente:</i> Kofler Wolfgang	<i>Aula:</i> 7	<i>Ora:</i> 12.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Walcher Martin**

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	18

Dieses Protokoll wurde transkribiert, kann aber aufgrund einzelner diskriminierender Äußerungen nicht auf der Webseite des Südtirol-Konvents veröffentlicht werden.

Es kann jedoch jederzeit aus Transparenzgründen im Sekretariat des Autonomiekonvents eingesehen werden.

Il presente verbale è stato trascritto, non può tuttavia essere pubblicato sul sito della Convenzione sull'Autonomia in quanto contiene contenuti discriminatori.

Ai fini della trasparenza si può però consultare in qualsiasi momento presso il Segretariato della Convenzione.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Neue Zuständigkeiten***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Franz Complojer</i>	<i>Aula: 7</i>	<i>Ora: 13:15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Thomas Innerbichler***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **9**

Umweltschutz:

- Thema war 1972 noch nicht so präsent: war damals unter Landschaftsschutz „Jagd darf nicht in Rom entschieden werden“ – ständige Konflikte mit Staat, Land muss Zuständigkeiten für Umwelt erhalten.

Zuständigkeit für Gemeindeordnung muss von der Region auf die Provinzen übergehen. Trentiner haben andere Sprachgruppenzusammensetzungen. Trentiner haben doppelt so viele Gemeinden.

Trentino sehr fortschrittlich – mutig in Ökologie und Landwirtschaft, vertritt Position, dass Umwelt auf die Region übergehen sollte. Andere sind der Meinung, dass Umwelt an die Provinz übergeben werden soll.

Vergaberecht: Durch die Vermischungen aus EU-Recht, staatlicher Bestimmungen und lokale Gesetze entsteht Bürokratiemonster.

EUREGIO/Makroregion: Zusammenarbeit bei Beibehaltung der Grenzen.

2012: Abstände im Zivilgesetzbuch geregelt. Daher hat Land keine Kompetenzen.

Schule:

- Schulbau / Ausstattung / Auswertung → Land
- Personal: teils Land, teils Staat
- Staatsangestellte mit Arbeitsvertrag beim Land
- Italienische Gewerkschaften pochen stets auf Durchlässigkeit zu anderen Regionen
- Trient: Personal vollständig bei Provinz. Sollte auch für Südtirol Ziel sein. Italienische Gewerkschaften in Südtirol als Verhinderer.

Landes NISF: Umsetzung der staatlichen Vorgabe lokal anpassen. Mehr Kompetenzen vor Ort.

Post: Übergang an Land als Ziel. Staatsgesetze als Rettung für Postämter in Kleingemeinden. Poste Italiane Betrieb mit Gewinnen. Trotzdem werden viele Außenstellen geschlossen. Wichtig, dass Zuständigkeit an Land übergeht.

Landespolizei: Täte man sich nicht wünschen, dass das Land hierfür zuständig ist. Aufgabe des Staates, nicht einer Provinz. Landespolizei ja, weil Zweisprachigkeit heute nicht immer eingehaltet wird.

Zitat: bewahre uns Gott vor der Südtiroler Genauigkeit bei Polizeiorganen.

Alle Bereiche, die ans Land übergangen, funktionieren heute besser! Beispiel: Arbeitsämter: wie schaut es aus mit Durchführungsbestimmungen.

Steuerhoheit gehört ins dritte Statut.

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

Thema/Tema: Deutsche Schule als Grundsäule des Volksgruppenschutzes

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Stefan Bacher</i>	<i>Aula: 7</i>	<i>Ora: 14.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Verena Geier***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **17**

- Als österreichische Minderheit in Italien haben wir Autonomie, diese sollte nicht aufgeweicht werden.
 - Qualität des Unterrichts hängt von Lehrperson ab
 - Die Italienischlehrer muss italienischer Muttersprache sein – in Dörfern sind Posten nicht beliebt; deshalb gibt es einen ständigen Wechsel der Lehrpersonen
 - Heute mehr Stunden Italienischunterricht als früher → trotzdem lernen die Kinder nicht mehr → Qualität ist nicht gut
 - Italienischlehrer kommen auch aus Süditalien, können keine Auskunft auf Deutsch geben, wenn Schüler nachfragen
 - Nicht mehr Italienischstunden, sondern Sommerkurse besuchen → kein CLIL
 - Englisch weniger Stunden und Kinder lernen sehr gut
 - Qualität der Muttersprache muss verbessert werden, auch bei Interviews sieht man das
 - Traurig ist, dass CLIL und aufgezwungen wird
 - Welche Bücher sollten überhaupt verwendet werden?
 - Schwache Südtiroler haben noch mehr Probleme mit CLIL
 - Über Andreas Hofer, unsere Flurnamen, die historisch gewachsen sind, wird dann nichts mehr gelernt
 - Mit Immersion werden deutschsprachige Lehrer stellen verlieren
 - Kulturelles geht verloren, wenn es Immersionsunterricht gibt
 - Wenn man schwimmen lernen will, muss man es praktisch angehen, nicht nur durch Theorie.
- so ist es auch mit dem Sprachunterricht: alle Kompetenzen müssen angesprochen werden: hören, lesen, sprechen, schreiben

Im Unterricht muss man reden, in Gruppen sprechen.

An Unterrichtsmethode fehlt es heute – es braucht keinen Immersionsunterricht
→ Dieses Problem wäre mit Loslösung vom italienischen Staat gelöst.

- Formular „Forum der 100“ – Anmeldung ist auf Italienisch, man muss extra auf „Deutsch“ anklicken, um zum deutschen Formular zu kommen.
 - Artikel 19 darf nicht abgeschafft werden
 - In deutscher Schule muss die Hochsprache/Standardsprache verwendet werden → Qualität der Muttersprache muss verbessert werden.
 - Mit CLIL wird Fachunterricht verschlechtert – fachlich werden die Schüler schwächer.
 - Bald ist CLIL in allen Schulstufen – es muss aufgepasst werden – man kann es nicht mit Nordtirolern vergleichen, da sie keine Minderheit sind.
 - Man will die italienische Sprache lernen – jeder soll das, wie jede Fremdsprache auch.
 - Deutsche Schule darf nicht verwässert werden.
 - Viele interessieren diese Themen nicht mehr und diese lassen sich von denen leiten, die für CLIL sind.
- Wichtig ist, dass man die Leute aufklärt, auch bei Ortsnamengebung, doppelter Staatsbürgerschaft.
- Medien sind ein großes Problem, da sie nicht objektiv berichten, sondern immer nur eine Seite darstellen
 - Ladinische Schulen: Eine Woche italienische Sprache/eine Woche deutsche Sprache → paritätisches Schulsystem
- Ladinisch wird benutzt um alles zu erklären.
- Pisa Studie: Deutsche Schule über OECD-Durchschnitt, italienische Schule darunter; italienische Schule hat CLIL → das sagt viel aus
 - Tiroler Geschichte wird sehr wenig gelernt in der Schule
- Jemand, der sich als Tiroler fühlt, wird immer mit Vorurteilen konfrontiert
- Südtiroler passt sich immer an – darf nicht so sein: Deutschsprachige sprechen mit Italienern immer italienisch, nie umgekehrt
 - Man soll Hochsprache verwenden und gut lernen
 - In Medien wird immer von Mehrsprachigkeit gesprochen, nie von Muttersprache;
 - Auch Lehrer (Physik und Mathematik) sollen Standardsprache verwenden.
 - Fremdsprachenunterricht darf nicht auf Kosten der Muttersprache gehen.
 - Muttersprache muss man können, um fähig zu sein Fremdsprache zu lernen
 - Man muss Muttersprache definieren und sich mit dieser identifizieren, damit man andere Sprachen lernen kann
 - An der Uni muss man Arbeiten schreiben, deshalb ist Hochsprache sehr wichtig
 - CLIL ist jetzt schon gegen Art. 19, verstößt dagegen, deshalb ist es gefährlich, dass der Art. 19 aufgeweicht wird.
 - Aostatal: gemischtsprachiger Unterricht wurde eingeführt, heute (zwei Generationen später), sind nur mehr 2% französischsprachig → Identität und Kultur gehen verloren
 - Ab erster Klasse Grundschule Italienischunterricht ist auch viel Druck für Kinder
 - Irgendwann sind wir nur mehr italienische Provinz wie alle anderen, wenn gemischtsprachiger Unterricht eingeführt wird → Folge: Autonomie wird abgeschafft
 - Wenn keine Basis in Italienisch vorhanden ist, braucht man gar nicht anfangen CLIL einzuführen → Kinder werden frustriert

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Zuständigkeit für Konsumentenschutz***

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Simon Constantini</i>	<i>Aula: 7</i>	<i>Ora: 15.15</i>

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Simon Constantini***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **6**

- Einführung ins Thema
- Ausgangslage: Es gibt kaum Bereiche, wo die deutsche und ladinische Sprache im Konsumentenschutz anerkannt oder gar gefordert sind.
- Pflicht bei Medikamenten nicht bzw. mangelhaft umgesetzt.
- Ziel: Völlige Gleichstellung der drei Landessprachen bei Etikettierung, Inhaltsangaben, Handbüchern.
 - ➔ Zwei Prinzipien vorstellbar:
 1. Alle Sprachen vorgeschrieben oder
 2. Wahlweise mindestens eine der Amtssprachen erforderlich

Bei Medikamente und gefährlichen Produktgruppen entweder

1. Alle drei Sprachen in Packungsbeilagen und Verpackungsbeschriftung zwangsweise zu berücksichtigen oder
2. Möglichkeit des freien Imports und Verkaufs von Medikamenten aus deutschsprachigen Ländern (einschl. Schweiz, wo Packungsbeilagen schon dreisprachig sind)

Ausweitung des Rechts auf Muttersprache (in Bezug auf Beratung, Verkaufsgespräche, Unterlagen usw.) auf Betriebe, ab einer gewissen Größe bzw. Mitarbeiterzahl (Supermärkte, Telekommunikationsbestriebe, Kurierdienste usw.); in manchen Bereichen (Banken, Versicherungen, Gesundheitsbereich etc.) auch unabhängig von Größe + Mitarbeiterzahl.

Koppelung der Benutzung des Qualitätszeichens (Dachmarke) an die Pflicht zu dreisprachiger (D-I-L) Etikettierung/Bewerbung etc. (sofort umsetzbar);

Übergang der primären Zuständigkeit für KonsumentInnenschutz an das Land.